

Sri Lanka – aktuelle Situation

Update

Martin Shenton

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch
www.osar.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7

31. Mai 2005

Angaben zum Autor:

Martin Shenton ist Ethnologe mit den Schwerpunkten Migration und Integration. Er ist schon seit mehreren Jahren im Flüchtlingsbereich tätig und arbeitete bei verschiedenen schweizerischen Hilfswerken sowie der UNCTAD. Von Januar bis Juli 2005 absolviert Martin Shenton ein Berufspraktikum bei der Länderanalyse der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH).

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 / 370 75 75
Fax 031 / 370 75 00
E-Mail: INFO@osar.ch
Internet: www.osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTOR

Martin Shenton

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

Fr. 20.-- inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2005  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische Situation	1
	2.1 Bürgerkrieg, Waffenstillstand und Friedensgespräche	1
	2.2 Wahlen vom Frühjahr 2004.....	2
	2.3 Auswirkungen des Tsunami auf politische Ebene	3
3	Menschenrechtssituation	4
	3.1 Staatliche Menschenrechtsverletzungen	4
	3.1.1 Prevention of Terrorism Act	4
	3.1.2 Haft, Folter und Verschwindenlassen	5
	3.2 Verstösse der LTTE	6
	3.2.1 Zwangsrekrutierung von Kindern	6
	3.2.2 Karuna	7
	3.2.3 Muslime.....	8
4	Humanitäre Situation	9
	4.1 Situation der IDPs	9
	4.2 Die Lage der rückkehrenden Vertriebenen/Flüchtlinge	10
	4.3 Die Problematik der Landminen	12
5	Medizinische Versorgungslage	13
	5.1 Basis-Informationen	13
	5.2 Spitäler	14
	5.3 Medikamente	14
	5.4 Spezifische Probleme.....	15
	5.4.1 Malaria und Dengue.....	15
	5.4.2 Herz-/ Kreislaufkrankheiten.....	16
	5.4.3 Diabetes.....	16
	5.4.4 HIV/AIDS.....	17
	5.4.5 Psychische Erkrankungen	18
6	Fazit und Ausblick	19

1 Einleitung

Dieses Update befasst sich in erster Linie mit den Fragestellungen und Problematiken der Zielgruppen der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH). Neben einer Aktualisierung der bisherigen SFH-Publikationen zu Sri Lanka¹, fokussiert dieser Bericht Aspekte der sozialen bzw. humanitären Lage und der medizinischen Versorgungssituation sowie Fragen der Menschenrechte und der Rückkehr bzw. Niederlassung von Vertriebenen und Flüchtlingen.

Die anfängliche Euphorie ist in den drei Jahren seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens einer gewissen Ernüchterung gewichen. Zwar hat sich die Achtung der Menschenrechte gegenüber der Zeit vor den Friedensverhandlungen stark verbessert. Doch zeigen Berichte nach wie vor Misshandlung von Gefangenen, Verfolgung von politischen GegnerInnen oder Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten auf. Auch die humanitäre Lage hat sich nur teilweise verbessert. Erste Vertriebene sind in ihre angestammten Gebiete zurückgekehrt, über 350'000 Flüchtlinge können jedoch noch nicht in ihre Heimatorte zurückkehren. Die Regierung besitzt aber keinen konkreten Plan, wie mit den restlichen IDPs verfahren werden soll. Das UNHCR ist weiter der Auffassung, dass, solange die Situation um die intern Vertriebenen nicht gelöst ist, Rückführungen der Flüchtlinge aus dem Ausland nicht vorgenommen werden sollten. Zusätzlich verschärft hat sich die Lage durch die verheerende Flutwelle, welche am 26. Dezember 2004 weite Teile von Südostasien verwüstet hat. Für konkrete Aussagen über deren Auswirkungen auf die (politische) Situation im Land ist es aber noch zu früh und derzeit vorliegende Fakten und Berichte sind noch ungenau und schwer überprüfbar.

2 Politische Situation

2.1 Bürgerkrieg, Waffenstillstand und Friedensgespräche

Der Bürgerkrieg in Sri Lanka zwischen der tamilischen Rebellenorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) sowie der srilankischen Regierung dauerte gut zwanzig Jahre. Im Dezember 2001 verkündeten die LTTE einen Waffenstillstand, welcher umgehend von der Regierung ebenfalls ausgerufen wurde. Am 22. Februar 2002 einigten sich beide Parteien auf einen unbefristeten Waffenstillstand und unterzeichneten eine entsprechende Vereinbarung, die den jahrelangen Konflikt beenden sollte. Dieses «Memorandum of Understanding» regelt verschiedene Punkte des Waffenstillstandes, zu deren Überwachung die Sri Lankan Monitoring Mission (SLMM) eingesetzt wurde. Für die Zivilbevölkerung hatte das Abkommen rasch wesentliche Erleichterungen zur Folge. So wurden Strassensperren und Kontrollen vielerorts aufgehoben, was die Bewegungsfreiheit erleichtert. Trotz dieser Fortschritte stellte sich bald Ernüchterung ein, deren Ursache im zähen Verlauf der eigentlichen Friedensgespräche zu finden ist.²

¹ Zu finden auf der Homepage der SFH: <http://www.osar.ch/country-of-origin/sri-lanka>.

² Zwischen Krieg und Frieden. Sri Lanka nach dem Regierungswechsel vom Dezember 2001. Bericht von Martin Stürzinger für die SFH (März 2003).

Im September 2002 begannen die Friedensverhandlungen. Die Regierung hob das Verbot der LTTE als terroristische Organisation auf. Und die LTTE verzichteten auf die Forderung eines unabhängigen Staates im Nordosten der Insel. Die Konfliktparteien beschlossen, nach einer politischen Lösung zu suchen, die auf einer Selbstverwaltung der tamilischen Gebiete und auf einem föderalen Aufbau Sri Lankas basieren sollte. Dazu wurden verschiedene Ausschüsse eingesetzt, die sich mit Fragen der Deeskalation und der Rehabilitierung sowie der Suche nach Lösungsansätzen beschäftigten.³

Nach sechs Verhandlungsrunden zogen sich die LTTE im April 2003, sechs Monate nach deren Beginn, von den Friedensgesprächen zurück und beschuldigten die Regierung, die bisher erzielten Zusagen nicht einzuhalten. Zudem fühlten sich die LTTE durch den Ausschluss von einer internationalen Geberkonferenz nicht mehr zur weiteren Teilnahme an den Friedensverhandlungen verpflichtet. Seither ist der Friedensprozess ins Stocken geraten und stand, auch aufgrund der beidseits zahlreichen Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens, schon mehrmals kurz vor dem Scheitern. Den beteiligten Parteien ist es seitdem nicht gelungen, sich auf eine Wiederaufnahme der Gespräche zu einigen. Ende 2004 stellte sich sogar die Frage, ob die anhaltende Stagnation im Friedensprozess zu einem Rückfall in den Krieg führen könnte.⁴

2.2 Wahlen vom Frühjahr 2004

In einem Überraschungscoup löste Präsidentin Chandrika Bandaranaike Kumaratunga von der Sri Lanka Nidahas Pakshaya (Sri Lanka Freedom Party/SNP) im Februar 2004 das eigentlich bis 2007 gewählte Parlament auf und kündigte für den April 2004 Neuwahlen an. Die Präsidentin sah die nationale Sicherheit durch die Bereitschaft der Regierung zur Kooperation mit den LTTE gefährdet. Dabei kritisierte sie insbesondere die Friedensbemühungen der Regierung und warf ihr vor, gegenüber den LTTE zu viele Konzessionen zu machen und durch die Vernachlässigung von singhalesischen Interessen die Teilung des Landes in Kauf zu nehmen.⁵ Um im neuen Parlament eine Mehrheit zu gewinnen, wurde die United People's Freedom Alliance (UPFA) gegründet, welche ein Bündnis der Sri Lanka Freedom Party (SNP), der People's United Liberation Front (JVP) sowie weiterer kleinerer Linksparteien darstellt. Die JVP (Janatha Vimukthi Peramuna) ist eine tamilenfeindliche, singhalesisch-nationalistische Linkspartei, welche früher als marxistische Rebellenorganisation mehrmals versucht hatte, durch bewaffnete Aufstände die Regierung zu stürzen.⁶

Das Ziel der United People's Freedom Alliance (UPFA), die absolute Mehrheit im Parlament zu erreichen, wurde an den Wahlen vom 2. April 2004 verfehlt. Sie erzielte 45.6 Prozent der Stimmen und konnte sich somit 105 der insgesamt 225 Sitze im Parlament sichern. Als grösste Partei(allianz) konnte die UPFA aber trotzdem eine Regierung unter dem bisherigen Oppositionsführer im Parlament und neuen Pre-

³ Update zur aktuellen Situation in Sri Lanka von Mayam Vije für die SFH vom Februar 2004.

⁴ Der Wiederaufbau Sri Lankas nach der Tsunami-Katastrophe: Chancen und Risiken für Frieden und Entwicklung, Berghof Foundation for Conflict Studies, Januar 2005.

⁵ Parlamentswahlen in Sri Lanka, Carola Stein, Konrad-Adenauer-Stiftung (http://www.kas.de/publikationen/2004/4783_dokument.html).

⁶ Sri Lanka; Fischer Weltalmanach 2005.

mierminister Mahinda Rajapakse (SNP) bilden. Seit den Wahlen stellt die Sri Lanka Freedom Party sowohl die Präsidentin als auch den Premierminister. Die Regierung besteht hauptsächlich aus Vertretern der SNP und der JVP sowie kleinerer Linksparteien.⁷ In diesem Minderheitskabinett übernahm die Präsidentin einige Schlüsselressorts gleich selbst. Die Wiederbelebung des Friedensprozesses ist durch die neue politische Führung mit ihrer geringen Kooperationsbereitschaft erschwert worden und steht heute unter ungewissen Vorzeichen.

2.3 Auswirkungen des Tsunami auf politische Ebene

Am Morgen des 26. Dezember 2004 hinterliess eine Flutwelle (Tsunami), die durch ein starkes Erdbeben vor der Küste von Sumatra ausgelöst worden war, in grossen Teilen der Küstenregionen der Insel eine Spur der Verwüstung und Zerstörung. Vom Tsunami betroffen wurden dabei ausnahmslos alle Küstengebiete ausser dem Distrikt Mannar im Nordwesten des Landes. Die grössten Schäden entstanden dabei in den nördlichen (Jaffna, Kilinochchi, Mullaitivu) und östlichen Küstenregionen (Trincomalee, Batticaloa, Ampara) sowie in den südlichen Gebieten (Mambantota, Matara und Galle), währenddessen die Westküste einigermaßen verschont geblieben ist. Das Ministerium für Gesundheit und Entwicklung geht von 31'147 Toten, 23'059 Verletzten, 4115 Vermissten sowie 547'509 intern Vertriebenen (internally displaced persons: IDPs) aus.⁸ Innerhalb weniger Stunden sind dem Tsunami gut halb so viele Menschen zum Opfer gefallen, wie im jahrzehntelangen Bürgerkrieg. Zudem sind seit Beginn dieses Jahres mehr «Tsunami-IDPs» als «Kriegs-IDPs» zu verzeichnen.

Inwiefern sich diese Naturkatastrophe auf den Friedensprozess auswirken wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschliessend beantwortet werden. Die Bereitschaft zu verhandeln bzw. der Waffenstillstand zwischen der Regierung und den LTTE sowie seine bisherige Einhaltung beruhte vor allem auf einem militärstrategischen Gleichgewicht beider Parteien. Es hängt davon ab, welche Verluste beide Militärapparate erlitten haben und inwiefern sich damit das Gleichgewicht zwischen den Parteien verschoben hat. Zudem hat sich auch im nicht-militärischen Bereich die strategische Machtbalance zwischen der Regierung und den LTTE zu Ungunsten letzterer verändert, was neue Voraussetzungen für den Friedensprozess schafft.⁹

Eines lässt sich aber schon jetzt feststellen: Die Befürchtungen, dass die im letzten Jahr anhaltende Stagnation im Friedensprozess zu einem erneuten Rückfall in den Krieg führen könnte, scheinen vorerst gebannt zu sein. Im Moment sind beide Konfliktparteien zu absorbiert mit der Bewältigung der Katastrophe. Insofern könnte der Tsunami und seine Folgen dazu beigetragen haben, dass der ins Stocken geratene Friedensprozess erneut in Gang kommt. Zu bedenken ist jedoch, dass die dem Krieg zugrunde liegenden Konfliktstrukturen zwar momentan etwas in den Hintergrund getreten, nicht aber verschwunden bzw. gelöst worden sind.

⁷ Elections in Sri Lanka: Electionworld.org, (<http://www.electionworld.org/srilanka.htm>).

⁸ Ministry of Healthcare, Nutrition and Development of Sri Lanka (www.health.gov.lk); Zahlen vom 21.02.2005.

⁹ Der Wiederaufbau Sri Lankas nach der Tsunami-Katastrophe: Chancen und Risiken für Frieden und Entwicklung, Berghof Foundation for Conflict Studies, Januar 2005.

3 Menschenrechtssituation

Auch wenn sich die Situation im Vergleich zur Zeit vor den Friedensverhandlungen ohne Zweifel verbessert hat und diese Fortschritte positiv bewertet werden können, ist die Lage der Menschenrechte in Sri Lanka weiterhin prekär und verbesserungswürdig.¹⁰

Verstösse gegen die Menschenrechte gibt es von beiden Konfliktparteien. Während zahlreiche Berichte über Folterungen und Misshandlungen in Polizei- und Militärgewahrsam die Regierungsseite belasten, verstossen die LTTE mit Verfolgungen, Entführungen und Ermordungen von Dissidenten und Oppositionellen sowie der Rekrutierung von Kindersoldaten gegen die Menschenrechte. Eine nachhaltige Veränderung der allgemeinen Menschenrechtssituation braucht Zeit und Geduld und wird auf Fortschritte im Friedensprozess zählen müssen.

3.1 Staatliche Menschenrechtsverletzungen

3.1.1 Prevention of Terrorism Act

Der vor über fünfundzwanzig Jahren eingeführte Prevention of Terrorism Act (PTA) erlaubt es, Personen ohne Haft festzunehmen und auf unbestimmte Zeit ohne Anklage oder Gerichtsverfahren zu inhaftieren. Anders als die inzwischen aufgehobenen Emergency Regulations (ER) ist der PTA weiterhin in Kraft.¹¹ Gemäss dem PTA reicht ein Geständnis aus, egal unter welchen Umständen (inklusive Folter) es gemacht wurde, um eine Person bis zu einem allfälligen Prozess festzuhalten. Die UNO sieht im Prevention of Terrorism Act einen wichtigen Faktor, der zu schlechten Haftbedingungen, Übergriffen und Verschwindenlassen von Gefangenen beiträgt.¹² Gemäss dem Bericht der Menschenrechtskommission des Wirtschaft- und Sozialrates der UNO widerspricht der PTA dem von Sri Lanka ratifizierten UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte und ist demzufolge völkerrechtswidrig.¹³

Die Regierung hat sich während den Friedensverhandlungen 2002 bereit erklärt, auf eine weitere Anwendung des PTA zu verzichten und für einen Mindeststandard bei Verhaftungen zu sorgen.¹⁴ Zudem hat sie 2002 eine grosse Gruppe Tamilen, die unter dem PTA festgehalten worden waren, freigelassen. In den letzten drei Jahren gab es zwar keine neuen Verhaftungen mehr unter dem PTA, aber trotzdem solche, die ähnliche Muster aufweisen. Rund 40 Tamilen blieben Ende 2004 aufgrund des Prevention of Terrorism Act inhaftiert.¹⁵

Im Januar 2005 wurde in 14 Distrikten der Ausnahmezustand verhängt sowie Notgesetze erlassen. Begründet wurden diese Massnahmen mit den Auswirkungen des

¹⁰ Human Rights Watch Country Summary: Sri Lanka, Januar 2005, Amnesty International Jahresbericht 2004: Sri Lanka.

¹¹ Amnesty International Jahresbericht 2004: Sri Lanka.

¹² UK Home Office Country Report on Sri Lanka, Oktober 2004.

¹³ Implementation of the First Optional Protocol of the International Covenant on Civil and Political Rights in Sri Lanka, UN Economic and Social Council, Februar 2005.

¹⁴ UK Home Office Country Report on Sri Lanka, Oktober 2004.

¹⁵ U.S. Department of State Country Report on Human Rights Practices, Sri Lanka, Februar 2005.

Tsunami, welche ein extralegales Vorgehen rechtfertigen würden. Das Notrecht ist zum grossen Teil an die früheren Emergency Regulations angelehnt, die während des Bürgerkrieges gegolten haben. Darin wird der Polizei und der Armee das Recht für willkürliche Verhaftungen sowie Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl eingeräumt. Zudem kann für gewisse Straftaten die Todesstrafe verhängt werden.¹⁶ Unklar ist, inwiefern diese Massnahmen wirklich zur erfolgreichen Bewältigung der Tsunami-Katastrophe beitragen können. Notrecht und Ausnahmezustand begünstigen jedoch oft Menschenrechtsverletzungen.

3.1.2 Haft, Folter und Verschwindenlassen

Folter und Misshandlungen durch die staatlichen Sicherheitskräfte waren auch während des Jahres 2004 ein Problem, ebenso die Belästigung tamilischer Zivilpersonen an den Armee-Checkpoints und andauernde willkürliche Verhaftungen. Obwohl sich die Regierung 2003 verpflichtet hatte, eine möglichst rasche Verbesserung der Situation bei Polizei und Armee herbei zu führen und konkreten Massnahmen zugestimmt hat (u.a. Besuchsrechte von Häftlingen, Aufklärung von Rechten bei Verhaftungen sowie der Nachforschung und Verfolgung von Foltervorwürfen in Polizeigewahrsam),¹⁷ hat sich die Lage gemäss verschiedenen Menschenrechtsberichten nur wenig gebessert. Zwar gab es 2004 keine Berichte über politisch motivierte Tötungen durch Sicherheitskräfte oder über das Verschwindenlassen von Häftlingen. Berichte über willkürliche Verhaftungen sowie über Folterungen und Misshandlungen in Polizeigewahrsam waren jedoch zahlreich. Zudem sind 2004 aufgrund von Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte mindestens dreizehn Häftlingen zu Tode gekommen.¹⁸ Teilweise sind die Fälle so gravierend, dass sogar die srilankischen Medien ausführlich darüber berichten. Trotzdem sind Berichte über Übergriffe und Folterungen im Vergleich zu früheren Jahren rückläufig, sodass heute nicht mehr von einem systematischen Praktizieren der Folter in Sri Lanka ausgegangen wird, wie dies ein Bericht des Committee against Torture noch 2002 aufgezeigt hatte.¹⁹

Das Verschwindenlassen, insbesondere von tamilischen Zivilpersonen, ist in Sri Lanka immer noch gängige Praxis, die heute aber mehrheitlich den LTTE angelastet wird, obwohl die Täter häufig unbekannt sind. Seit Beginn der Friedensgespräche sind rund 400 tamilische Zivilpersonen verschwunden.²⁰ Neben dem Verschwindenlassen bleibt auch die unterbliebene Aufklärung von früheren Fällen ein Problem. Eine Arbeitsgruppe der UNO listet Sri Lanka als Land mit einer grossen Anzahl an ungeklärten Fällen von Verschwundenen auf. Es wird davon ausgegangen, dass im Zeitraum zwischen 1988 und 1995 über 37'000 Menschen verschwunden sind. Zwar wurden von der Regierung vier Kommissionen eingesetzt, welche die Fälle der Verschwundenen prüfen sollten. Konkrete, weiterführende Untersuchungen oder gar die Strafverfolgung von Verantwortlichen sind bis heute jedoch keine initiiert worden.²¹ Der Grossteil der Verantwortlichen muss daher nach wie vor kaum mit Bestrafung

¹⁶ Civil and Political Rights, Including the Questions of States of Emergency; Asian Legal Resource Centre zu Handen des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO, Februar 2005.

¹⁷ Human Rights Watch, Country Summary Sri Lanka, Januar 2005.

¹⁸ U.S. Department of State Country Report on Human Rights Practices, Sri Lanka, Februar 2005.

¹⁹ Systematic Torture in Sri Lanka, Committee against Torture: CAT A/57/44 (2002).

²⁰ Sri Lanka: End Killings and Abductions of Tamil Civilians, Human Rights News; (<http://hrw.org/english/docs/2005/05/24/slanka10996.htm>).

²¹ Civil and Political Rights, Including the Questions of: Disappearances and Summary Executions, Asian Legal Resource Centre zu Handen des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO, Februar 2005.

rechnen. Nach Angaben der Regierung wurden 2003 zwar gegen rund 600 Mitarbeitende der Sicherheitskräfte Strafverfolgungsmassnahmen eingeleitet und gegen knapp die Hälfte davon Anklage erhoben. Über effektive Ausgänge oder Fortschritte wurde hingegen nicht berichtet.²²

3.2 Verstösse der LTTE

Ein grosser Teil der Verstösse gegen die Menschenrechte und die Waffenstillstandsvereinbarungen in Sri Lanka wird durch die LTTE verübt.²³ Neben der nachfolgend behandelten Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten werden den LTTE Einschüchterung, Verfolgung, Entführung und Ermordung von abtrünnigen Mitgliedern bzw. politischen Gegnern sowie deren Angehörigen zur Last gelegt. Willkürliche Verhaftungen, Belästigungen, Erpressungen und Folterungen gehören auch bei den LTTE zur aktuellen Realität. Politische Morde durch die LTTE nahmen 2004 im ganzen Land zu, was vor allem auf die Abspaltung der Fraktion um Colonel Karuna im Osten des Landes zurückzuführen ist (siehe 3.2.2).²⁴

Die Bevölkerung in den LTTE-Gebieten untersteht der Polizeigewalt, der Gerichtsbarkeit sowie der Steuererhebung durch die LTTE. Das Recht auf freie Meinungsäusserung wurde durch die Einschüchterung von kritischen Journalisten beschnitten. Des Weiteren bestehen gewisse Beschränkungen der Bewegungs- und der Religionsfreiheit (insbesondere für Muslime) sowie beim Recht auf Privatsphäre. Das Recht auf freie Wahlen und dasjenige der fairen Gerichtsbarkeit sind ebenfalls eingeschränkt.²⁵

3.2.1 Zwangsrekrutierung von Kindern

Während der gesamten Bürgerkriegszeit in Sri Lanka wurden Kinder von den Streitkräften als Soldaten zwangsrekrutiert. Aktuelle Berichte gehen davon aus, dass dies heute primär ein LTTE-Problem ist.²⁶ In den letzten Jahren sind zwei Ereignisse zu verzeichnen, welche die Situation der Kindersoldaten bzw. deren Neurekrutierung verändern könnten: Einerseits das Waffenstillstandsabkommen und die Friedensgespräche von 2002 und andererseits das 2003 von der UNICEF mit den LTTE ausgehandelte Demobilisierungs- und Rehabilitierungsabkommen für Kindersoldaten.

Aus den Friedensverhandlungen heraus entstand unter der Aufsicht der UNICEF ein Aktionsplan, der die Zusage der LTTE enthält, keine Rekrutierungen von Kindern mehr durchzuführen sowie diejenigen Kinder, die bereits in den eigenen Reihen waren, entweder direkt zu ihren Familien oder in speziell für diese Aufgabe erstellten Transitzentren zu entlassen.²⁷ Dieses Demobilisierungsabkommen mit der UNICEF ist bis heute zum grössten Teil nicht umgesetzt worden. So haben die LTTE nicht wie versprochen in systematischer Weise Kindersoldaten freigelassen, und nur eines

²² Amnesty International Jahresbericht 2004: Sri Lanka.

²³ U.S. Department of State Country Report on Human Rights Practices, Sri Lanka, Februar 2005.

²⁴ Human Rights Watch, Country Summary Sri Lanka, Januar 2005.

²⁵ U.S. Department of State Country Report on Human Rights Practices, Sri Lanka, Februar 2005.

²⁶ Bericht über Sri Lanka: Coalition to stop the use of child soldiers; (http://www.child-soldiers.org/document_get.php?id=878).

²⁷ Living in Fear: Child Soldiers and the Tamil Tigers in Sri Lanka, Human Rights Watch Report, November 2004.

von drei gebauten Transitzentren wurde in Betrieb genommen. Bis heute sind in diesem Transitzentrum nur rund 200 Kinder empfangen worden.²⁸ Berichte vom August 2004 zeigen jedoch auf, dass bis zu diesem Zeitpunkt bereits über 1000 Kinder von den LTTE direkt zu ihren Familien zurückgelassen worden sind.²⁹ Andererseits hat die Rekrutierung von neuen Kindersoldaten im selben Zeitraum angedauert und wurde sogar noch intensiviert. Dies so intensiv, dass die Zahl der Neurekrutierten sogar diejenigen der Freigelassenen übertraf.³⁰

Eine zentrale Auswirkung auf die Situation der Kindersoldaten besass insbesondere die im Frühling 2004 erfolgte Abspaltung des östlichen Kommandos der LTTE unter ihrem Führer Colonel Karuna. Nach dessen Niederlage im April 2004 konnten fast 2000 Kindersoldaten aus der Karuna-Fraktion wieder nach Hause zurückkehren. Dies führte für ein halbes Jahr zu einer kritischen Situation, als die LTTE (Nordfraktion) einen Grossteil dieser Kinder re-rekrutierten und ihre Streitkräfte im Osten des Landes wieder aufzubauen versuchten.³¹

Seit Ende 2004 ist ein Rückgang an Neurekrutierungen zu verzeichnen. Es verbleiben aber immer noch Hunderte, wenn nicht Tausende von Kindern in den Einheiten der LTTE. Laut UNICEF ist dabei das Schicksal von mindestens 1400 Kindersoldaten bis heute ungeklärt.³² Seit dem Tsunami im Dezember 2004 sind in den Medien verschiedentlich Berichte aufgetaucht, dass die LTTE von der chaotischen Situation profitieren würde und gezielt (Waisen-)Kinder und Jugendliche aus den Auffanglagern der Tsunami-Flüchtlinge entführen und rekrutieren würde.³³ Die Berichte scheinen zwar teilweise zuzutreffen, eine eigentlich systematische Rekrutierungsaktion ist jedoch eher unwahrscheinlich. Vielmehr gehen ExpertInnen davon aus, dass man derzeit möglicherweise an einem Wendepunkt steht und aufgrund des ständig zunehmenden internationalen Drucks und der fortschreitenden Dauer des Waffenstillstandes gar eine nachhaltige Veränderung der Situation eintreten wird. Die nächsten Monate werden dabei wegweisend sein.³⁴

3.2.2 Karuna

Im März 2004 spaltete sich unter der Führung des Kommandanten für die Ostbezirke, Vinayagamorthy Muralitharan, besser bekannt als Colonel Karuna, eine grosse Gruppe aus den LTTE ab. Als Grund dafür wurde die mangelnde Berücksichtigung der Interessen der Tamilen im Osten durch die LTTE-Führung im Norden angegeben. Karuna wurde in der Folge aus der Organisation ausgeschlossen.³⁵ Die Abspaltung von Karuna und seine auf etwa 6000 Kämpfer geschätzten Anhänger war eine bedeutende Reduktion der Streitkräfte der LTTE.³⁶ Nach dem inzwischen durch den

²⁸ Vgl. Email von Victoria Forbes Adam, Verantwortliche Asien, Coalition to stop the use of child soldiers an die SFH (28.04.2005).

²⁹ Human Rights Watch, Country Summary Sri Lanka, Januar 2005.

³⁰ Vgl. Email Victoria Forbes Adam/ Human Rights Watch, Country Summary Sri Lanka, Januar 2005.

³¹ International Coalition to Stop the Use of Child Soldiers, Weltreport 2004: Kindersoldaten (<http://www.tdh.de/content/themen/weitere/kindersoldaten/index.htm>).

³² Vgl. Email Victoria Forbes Adam.

³³ Süddeutsche Zeitung 29.01.2005, In den Fängen der Tiger. Nach der Flutwelle versuchen tamilische Rebellen, Kinder als Soldaten zu rekrutieren.

³⁴ Vgl. Email Victoria Forbes Adam.

³⁵ Auskunft der SFH zur Gefährdung ehemaliger Karuna-Kämpfer, Juli 2004.

³⁶ UK Home Office Country Report on Sri Lanka, Oktober 2004.

Friedensprozess eingedämmten Bürgerkrieg gegen die Regierung drohte nun auch noch die Eskalation eines intra-tamilischen Konfliktes. Es kam zu einer Serie von Kämpfen und Überfällen, denen mehrere hundert Tamilen auf beiden Seiten zum Opfer fielen. Betroffen waren insbesondere die Distrikte Batticaloa und Ampara im Osten der Insel. Die Kämpfe flauten nach der Niederlage und dem Untertauchen von Karuna im April 2004 wieder ab. Tausende seiner Anhänger tauchten ebenfalls unter und kehrten zum Teil zu ihren Familien zurück.

Die angespannte Lage blieb während fast des ganzen Jahres bestehen. Im ganzen Land (inklusive Colombo) kam es zu einer Serie an Überfällen und Attentaten auf tamilische Exponenten beider Seiten, so dass ein Klima der Angst sowie der Unsicherheit herrschte.³⁷ Insbesondere im Osten entstand eine Situation, bei der Anhänger der Nordfraktion sich vor jenen der Ostfraktion verstecken oder gar flüchten mussten, bis nach der Niederlage von Karuna die umgekehrte Situation für dessen Anhänger entstand. Ein grosser Teil der 2004 wieder verstärkt vorkommenden politischen Überfälle und Ermordungen lassen sich denn auch auf diese intra-tamilischen Auseinandersetzungen um die Abspaltung von Colonel Karuna zurückführen.

3.2.3 Muslime

Die meisten der seit 1990 von den LTTE aus der Nord- und Ostprovinz vertriebenen 46'000 Muslime leben weiterhin in Camps im Westen und Süden des Landes und widersetzen sich einer Rückkehr ohne klare Sicherheitsgarantien.³⁸ 2004 gaben die LTTE erstmals eine Versicherung ab, dass den Muslimen bei einer Rückkehr in ihre Heimatregionen kein Schaden zugeführt werden sollte. Bisher kehrten nur rund 500 Muslime zurück, derweil der Grossteil immer noch auf verbindliche (Sicherheits-) Garantien der LTTE und der Regierung wartet.³⁹

Die Muslime in Sri Lanka sehen sich als eine ethnische Minderheit und möchten als eigenständiger Akteur in die Friedensverhandlungen zwischen den LTTE und der Regierung integriert werden. Diese Ansprüche fördern zwar in manchen gesellschaftlichen Gruppierungen Feindseligkeiten, zu grösseren Übergriffen ist es in letzter Zeit aber nicht mehr gekommen. Dennoch existieren weiterhin Berichte über Belästigungen, Angriffe oder Entführungen von Muslimen in den Nord- und vor allem in den Ostprovinzen. Seitdem Gespräche zwischen den LTTE und der muslimischen Führung aufgenommen wurden, hat sich die Situation jedoch entschärft. Eine Verbesserung bewirkte zunächst auch ein Abkommen zwischen der LTTE-Führung im Osten sowie den Muslimen, welches die Rückgabe von durch Tamilen besetzte Ländereien an die Muslime regeln sollte. Seit der Abspaltung der Ost-Fraktion um Karuna ist dieses Abkommen hinfällig geworden und die Situation präsentiert sich wie zuvor.⁴⁰

³⁷ U.S. Department of State Country Report on Human Rights Practices, Sri Lanka, Februar 2005.

³⁸ Update zur aktuellen Situation in Sri Lanka von Mayam Vije für die SFH vom Februar 2004.

³⁹ U.S. Department of State Country Report on Human Rights Practices, Sri Lanka, Februar 2005.

⁴⁰ UK Home Office Country Report on Sri Lanka, Oktober 2004.

4 Humanitäre Situation

Die humanitäre Lage in Sri Lanka ist bestimmt durch eine immer noch hohe Anzahl von Vertriebenen (IDP) und die Folgen des Tsunami. Sie ist nach wie vor schlecht und hat sich in den vergangenen zwei Jahren nur wenig gebessert. Zwar hat sich die Situation seit dem Beginn der Friedensverhandlungen im Frühjahr 2002 tendenziell stabilisiert, eine wirkliche Verbesserung der Situation, insbesondere für die immer noch rund 350'000 intern Vertriebenen (IDPs), ist aber nicht zu verzeichnen. Schätzungen zufolge leben derzeit neben den IDPs über 700'000 vorwiegend tamilische Flüchtlinge im Ausland in der Diaspora. Seit dem Ende der Kriegshandlungen im Frühjahr 2002 sind rund 380'000 Vertriebene in ihre ursprünglichen Gebiete zurückgekehrt.⁴¹

4.1 Situation der IDPs

Schätzungen des UNHCR gehen davon aus, dass rund 730'000 Menschen aufgrund des zwanzigjährigen Bürgerkriegs intern vertrieben wurden. Als mit dem Beginn der Friedensverhandlungen vor drei Jahren die militärischen Aktivitäten eingestellt sowie ein wesentlicher Teil der Reisebeschränkungen aufgehoben wurden, begannen sogleich auch erste IDPs, in ihre angestammten Gebiete zurückzukehren. Zahlreiche Vertriebene kehrten in einer ersten Phase zumindest temporär in ihre Heimatgebiete zurück, um einerseits die Sicherheitslage auszukundschaften und andererseits den Zustand ihrer ursprünglichen Habseligkeiten und Ländereien abzuklären. Tausende der Heimkehrer taten dies spontan und ohne Unterstützung der Regierung. Vom Frühling 2002 bis im November 2004 sind rund 380'000 IDPs in ihre ursprünglichen Gebiete zurückgekehrt, fast die Hälfte davon (181'000) in den Jaffna-Distrikt. Weitere Distrikte mit einer grossen Anzahl an Rückkehrenden sind Kilinochchi (86'000), Mullaitivu (38'000) und Vavuniya (26'000). Seit Ende 2002 haben die Zahlen kontinuierlich abgenommen, heute kehren noch rund 3000 Personen pro Monat zurück. Die Mehrheit der Rückkehrwilligen ist also gleich zu Beginn des Waffenstillstandes heimgekehrt.

Ende 2004 blieben etwa 350'000 Menschen im eigenen Land vertrieben. Dabei leben die meisten verbliebenen IDPs in den nördlichen Distrikten Jaffna (64'000), Mullaitivu (58'000), Vavuniya (39'000), Mannar (31'000) und Kilinochchi (28'000). Rund 78'000 IDPs leben unter prekären Bedingungen in von der Regierung geführten «Wohltätigkeitszentren». Zusätzlich leben rund 46'000 Muslime, die in den Neunzigern durch die LTTE vertrieben worden waren, im westlichen Distrikt von Puttalam.⁴²

Eine neue Schwierigkeit bezüglich der Situation der IDPs ist durch den Tsunami vom Dezember 2004 entstanden. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Kriegsvertriebenen wurden fast 550'000 weitere Menschen ihrer Heimat beraubt und vertrieben. Die Katastrophe hat damit die Anzahl der IDPs in Sri Lanka zumindest vorübergehend mehr als verdoppelt.⁴³ Ein grosser Teil dieser vom Tsunami betroffenen Bevölkerung konnte durch Hilfslieferungen fürs Erste versorgt werden. Ein grosses Problem ist

⁴¹ Profile of Internal Displacement: Sri Lanka, Norwegian Refugee Council (März 2005).

⁴² Profile of Internal Displacement: Sri Lanka, Norwegian Refugee Council (März 2005).

⁴³ Genaue Zahlen und Koordinaten der vom Tsunami betroffenen Bevölkerung findet man unter: <http://www.health.gov.lk/index.html>.

zur Zeit, dass die teilweise schon seit Jahrzehnten vertriebenen «Konflikt-IDPs» wegen der grossen Solidarisierung mit den «Tsunami-IDPs» vergessen oder benachteiligt werden. Die Unterstützung der «Tsunami-IDPs» wurde relativ grosszügig geregelt, da Spenden aber oft nur zweckgebunden eingesetzt werden, bleibt unklar, inwiefern auch Konflikt-IDPs profitieren. Angesichts der zahlreichen Spenden besteht zudem die Gefahr, dass nun der vormals sehr arme Küstenstreifen grosszügig modernisiert wird, währenddem die umliegenden Gebiete stagnieren.⁴⁴

4.2 Die Lage der rückkehrenden Vertriebenen/Flüchtlinge

Die rückkehrende Bevölkerung ist mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert, die eine erfolgreiche Wiederansiedlung und -eingliederung erschweren. Zentrale Probleme sind das Fortbestehen von Hochsicherheitszonen, zerstörte Infrastruktur, fehlende Wiedergutmachung bzw. Rückgabe von Besitz, Land- sowie Perspektivenlosigkeit, Sicherheitsrisiken (insbesondere aufgrund der zahlreichen Landminen) und mangelnde Anstrengungen, um diejenigen Vertriebenen einzugliedern, die in den neuen Gebieten bleiben wollen.

Der grösste Teil der rückkehrenden Bevölkerung sind Bauern, Fischer oder ungelernete Arbeiter, welche Unterstützung seitens der Regierung oder der Hilfswerke bedürfen. Rund 92 Prozent der vertriebenen Familien brauchen Hilfe und Unterstützung, um eine neue Existenz aufzubauen.⁴⁵ Bis heute verfügt die Regierung aber noch über keine umfassende Strategie zur Rückführung intern Vertriebener. Zwar wurden erste Programme vorgestellt, um Heimkehrwillige zu unterstützen. Die bisherigen Anstrengungen verlaufen aber langsam und sind nur spärlich vorhanden. Seit Ende 2004 sollen sie gar rückläufig sein.⁴⁶

Zahlreiche Gebiete, in die eine grosse Anzahl von IDPs zurückkehren sollte, sind immer noch von der srilankischen Armee bzw. Polizei besetzt und gelten als Hochsicherheitszonen, in denen aufgrund von politischen Sicherheitsbedenken keine Flüchtlinge angesiedelt werden können. Es sind dies in erster Linie Gebiete in den beiden Distrikten Mannar und Jaffna. Da das Problem während der Friedensgespräche im 2003 weitgehend ausgeklammert und seither auch nicht weiter angegangen worden ist, bleiben diese Hochsicherheitszonen auch 2005 ein zentrales Hindernis im Wiederansiedlungsprozess.⁴⁷

Der Grad an Zerstörung ist in den meisten Gebieten des Nord-Ostens hoch. Nur rund zehn Prozent der Infrastruktur im Transportbereich (Strassen, Eisenbahnlinien, Schiffshäfen) und in der Elektrizitäts- und Wasserversorgung sind noch intakt.⁴⁸ Trotz der bisherigen Anstrengungen seitens der Regierung und diversen NGOs ist die Versorgungslage in vielen Gebieten im Norden weiterhin besorgniserregend. Die Trinkwasserversorgung und die sanitären Einrichtungen sind über weite Gebiete ungenügend. Schätzungen gehen davon aus, dass in diesen Gebieten nur 20 Pro-

⁴⁴ Vgl. Email von Malavarayan Vijayapalan, Ehem. Coordinator Sri Lanka Project of the British Refugee Council, an die SFH (12.05.2005).

⁴⁵ Profile of Internal Displacement: Sri Lanka, Norwegian Refugee Council (März 2005).

⁴⁶ UK Home Office Country Report on Sri Lanka, Oktober 2004.

⁴⁷ Profile of Internal Displacement: Sri Lanka, Norwegian Refugee Council (März 2005).

⁴⁸ Update zur aktuellen Situation in Sri Lanka von Mayam Vije für die SFH vom Februar 2004.

zent der Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser hat und bloss ein Viertel der Menschen auf sanitäre Einrichtungen zählen kann.⁴⁹

Über 90 Prozent der privaten Häuser sind beschädigt, sodass dem Wiederaufbau eine zentrale Rolle bei der Wiederansiedlung zukommt. Nur langsam werden erste Anstrengungen in diese Richtung unternommen. Zahlreiche Rückkehrende finden bei der Ankunft in ihre Heimatgebiete ihre Häuser zerstört vor oder durch das Militär oder durch andere Vertriebene besetzt. Fragen der Wiedergutmachung, der Kompensation oder Rückgabe von Enteignetem wurden bis anhin keine Priorität eingeräumt und oft bilden fehlende oder mangelhafte Ausweispapiere und Besitzurkunden eine zusätzliche Hürde bei der Zuordnung von umstrittenem Besitz.

Die Situation für rückkehrende Flüchtlinge aus dem Ausland hat sich in den letzten beiden Jahren kaum verändert. Aufgrund des Stillstandes der Friedensverhandlungen, den damit zusammenhängenden politischen Unsicherheiten und dem Tsunami ist sie nach der Anfangseuphorie sogar wieder schwieriger geworden.⁵⁰ Wie bereits erwähnt, haben die Gewalttätigkeiten gegenüber Oppositionellen und Dissidenten im letzten Jahr zugenommen, und die Bewegungsfreiheit ist oft nicht uneingeschränkt gewährleistet. Eine Rückkehr an einen alternativen Ort ist zudem auch aus wirtschaftlichen Gründen kaum denkbar. So hat auch das Bundesamt für Migration festgestellt, dass eine Rückkehr in gewisse Regionen Sri Lankas nach wie vor mit Erschwernissen verbunden ist.⁵¹ Dies gilt insbesondere für die Gebiete im Norden und Osten der Insel, dürfte sich aber seit dem Tsunami auf die gesamten Küstenregionen ausgedehnt haben. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Vertriebene bzw. Flüchtlinge in Regionen zurückkehren, in welchen die noch dort lebenden Menschen kaum mehr eine Lebensgrundlage besitzen.

Auch in der Region Colombo ist es für Flüchtlinge schwierig, Unterstützung zu erhalten und sich eine neue Lebensgrundlage zu erarbeiten. Dabei stellen sich insbesondere Probleme wie Arbeitslosigkeit, Trennung von der Familie, Armut und Perspektivlosigkeit. Angriffe, Drohungen und Einschüchterungen seitens der LTTE existieren auch in Colombo, und die Regierung hat aufgrund der Lage im letzten Jahr ihr System von Kontrollen, Razzien und Festnahmen weiter intensiviert.⁵² Im Falle von ehemaligen Karuna-Kämpfern beispielsweise kam der British Refugee Council im Juli 2004 zum Schluss, dass auch Colombo und andere Gebiete im Süden keine sichere Fluchialternative bilden.⁵³ Trotzdem ist der tamilische Bevölkerungsanteil in Colombo in den letzten Jahren ständig gewachsen.

Das UNHCR geht davon aus, dass, solange die Situation für die internen Vertriebenen ungeregelt ist, keine grösseren Rückführungen von ausländischen Flüchtlingen nach Sri Lanka stattfinden sollten. Die Organisation kam deshalb im Juni 2004 zum Schluss, dass die momentanen Bedingungen in Sri Lanka keine grösseren organisierten Rückführungen zulassen. Diese Empfehlungen wurden vom UNHCR im Januar 2005 auf die vom Tsunami betroffenen Gebiete ausgedehnt.⁵⁴

⁴⁹ Profile of Internal Displacement: Sri Lanka, Norwegian Refugee Council (März 2005).

⁵⁰ Vgl. Email Malavarayan Vijayapalan.

⁵¹ Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration BFM, Frühjahr 2005.

⁵² Vgl. Email Malavarayan Vijayapalan.

⁵³ Vgl. Email des Sri Lanka Projekts des British Refugee Council an die SFH (Juli 2004).

⁵⁴ UNHCR Backgroundpaper on Refugees and Asylum Seekers from Sri Lanka, Juni 2004/ Request for the suspension of forced returns to areas affected by the tsunami, UNHCR, Januar 2005.

4.3 Die Problematik der Landminen

Die immer noch in grosser Anzahl vorhandenen Landminen und Blindgänger beeinträchtigen die Wiederansiedlung von Rückkehrenden und behindern die Wiederaufbauarbeit im Norden und Osten der Insel. Landminen sind nicht nur für IDPs und Rückkehrende, sondern auch für die humanitären Hilfsorganisationen eine ernst zu nehmende Gefahr und bilden ein grosses Sicherheitsrisiko. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 1,5 Millionen Anti-Personen-Minen von den Konfliktparteien verlegt wurden. Seit 2001 wurden von beiden Seiten keine neuen Landminen verlegt. Über 3000 Gefahrenzonen sind bisher identifiziert worden, von denen die meisten in landwirtschaftlich genutzten Regionen liegen.⁵⁵

Die srilankische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, das Land bis Ende 2006 Minenfrei zu machen.⁵⁶ Lokale NGOs, die in der Minenräumung tätig sind, rechnen damit, dass per Ende 2006 ein Grossteil der Hochrisikozonen geräumt sein wird. Damit dieses ambitionöse Projektziel erreicht werden kann, werden Fortschritte im Friedensprozess, die finanzielle Unterstützung von Geberländern sowie eine Verstärkung der bisherigen Anstrengungen benötigt.⁵⁷ Der primäre Fokus liegt auf der Minenlokalisierung und -räumung, der Markierung von bestehenden Minenfeldern, der Aufklärung vor den Gefahren der Minen sowie auf der Unterstützung von Minenopfern.⁵⁸

In den fünf Jahren seit Beginn der Minenräumungsaktivitäten wurden bereits über 18,7 Millionen Quadratmeter geräumt und über 300'000 Menschen haben eine Aufklärung erhalten. Trotzdem waren in derselben Zeitspanne 725 neue Opfer zu beklagen. Die Dunkelziffer dürfte sogar noch höher sein. Aufgrund der Konzentration auf Markierung, Räumung und Aufklärung nehmen die Zahlen seit 1999 kontinuierlich ab, sodass im ersten Halbjahr 2004 noch 33 Opfer gezählt wurden.⁵⁹ Befürchtungen, dass der Tsunami vorhandene Minen verschoben haben könnte und somit bereits geräumte Gebiete wieder minenverseucht werden, haben sich bis heute kaum bewahrheitet. Nur wenige Abschränkungen, die vor vorhandenen Minenfeldern gewarnt hatten, wurden weggespült und müssen ersetzt werden.⁶⁰

⁵⁵ Handicap International: Anti-Personen-Minen in Sri Lanka sind kein Hindernis für die Hilfsaktionen (<http://www.handicap-international.de/projekte/srilanka02.htm>).

⁵⁶ Sri Lanka Landmine Monitor Report 2004, International Campaign to Ban Landmines (http://www.icbl.org/lm/2004/sri_lanka).

⁵⁷ Vgl. Email von Abigail Hartley, Programme Manager der Mines Advisory Group in Sri Lanka, an die SFH (10.05.2005).

⁵⁸ United Nations Mine Action, Country Overview Sri Lanka, November 2004 (http://www.mineaction.org/countries/countries_overview.cfm?country_id=879).

⁵⁹ Sri Lanka Landmine Monitor Report 2004, International Campaign to Ban Landmines (http://www.icbl.org/lm/2004/sri_lanka).

⁶⁰ International Campaign to Ban Landmines, Tsunami and Landmines, Januar 2005 (<http://www.icbl.org/news/tsunami>).

5 Medizinische Versorgungslage

5.1 Basis-Informationen

Die medizinische Infrastruktur in Sri Lanka ist im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern gut.⁶¹ Dies zeigt sich in der Lebenserwartung, welche mit 72 Jahren (Frauen: 74 Jahre, Männer: 70 Jahre) für den asiatischen Raum hoch ist. Auch die Säuglingssterblichkeit ist mit 18 pro 1000 Geburten eher gering.⁶² Die Folgen des Tsunami haben jedoch in den betroffenen Gebieten zu Zerstörungen der medizinischen Infrastruktur, zum Tod von 40 ÄrztInnen und hunderten weiteren Personen aus dem Gesundheitsbereich geführt.

Die staatliche medizinische Versorgung ist grundsätzlich gratis und das Versorgungsnetz mit Spitälern, Kliniken und Apotheken relativ dicht. Das staatliche Gesundheitswesen weist jedoch auch einige Unzulänglichkeiten auf, wie etwa lange Wartezeiten, Korruption, Versorgungsunterbrüche, mangelnde Infrastruktur oder fehlendes Personal.⁶³ Berichte zeigen, dass aufgrund fehlender Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten ein eigentlicher «brain drain» stattfindet, junge MedizinerInnen also in andere (vorwiegend europäische) Länder abwandern.⁶⁴

Die allgemeine medizinische Versorgung hat sich seit Beginn des Waffenstillstandes im Februar 2002 stark verbessert, sodass beispielsweise Medecins Sans Frontières (MSF) ihre Arbeit in Sri Lanka im März 2004 eingestellt haben.⁶⁵ Viele der Unzulänglichkeiten und Probleme existieren aber immer noch. So fehlen in den Spitälern landesweit rund 20'000 KrankenpflegerInnen und die Infrastruktur ist teilweise veraltet oder gar nicht vorhanden. Die srilankische Regierung hat im März 2005 zudem drastische Kürzungen im Gesundheitswesen vorgenommen, sodass sich die Situation in nächster Zeit kaum verbessern wird.⁶⁶

Neben der staatlichen Versorgung hat sich auch ein privates Gesundheitssystem etabliert, das die Möglichkeit einer privaten Krankenversicherung bietet. Diese ist aber sehr teuer und nur für ungefähr 5 Prozent der Patienten überhaupt erschwinglich.⁶⁷ Der Grossteil der Menschen ist nach wie vor auf das staatliche Gesundheitssystem angewiesen. Insbesondere bei der medizinischen Versorgungslage bzw. deren Zugangsmöglichkeiten bestehen zudem grosse regionale Unterschiede. So ist

⁶¹ Bericht zur medizinischen Versorgungslage in Sri Lanka von M. Stürzinger für die SFH, März 2003.

⁶² WHO World Health Report 2004: Country Data for Sri Lanka (www.who.int/countries/lka).

⁶³ Colombo National Hospital a den of vice and corruption, Daily News, 10.8.2004/ Lack of resources hinder Jaffna hospital, Sunday Observer, 23.5.2004/ Hospital service face imminent collapse, The Island, 13.8.2004.

⁶⁴ Brain drain clogs health sector, Daily News, 25.3.2005/ Email von Dr. Stephen Cogill, Department of Psychiatry, University of Peradeniya.

⁶⁵ Aufgrund des Tsunami sind MSF wieder in Sri Lanka präsent und leistet neben Nothilfe und Erstversorgung von Vertriebenen auch Unterstützung beim Wiederaufbau des Gesundheitssystems.

⁶⁶ Ajitha Gunaratna: Funding cuts undermine Sri Lanka's public hospitals (www.wsws.org/articles/2005/mar2005/sril-m22.shtml).

⁶⁷ Vgl. Email von Prof. Upali Illangasekera, President Kandy Diabetes Association, an die SFH (20.04.2005).

vor allem im Norden und Osten der Insel die Versorgungslage schlechter als in anderen Regionen.⁶⁸

5.2 Spitäler

Sri Lanka hat zahlreiche Spitäler, deren Ausrüstung und Infrastruktur grosse Unterschiede aufweisen. Am besten ausgerüstet ist das National Hospital in Colombo sowie die so genannten Teaching Hospitals, die direkt mit Universitäten verbunden sind. Die zentralen Spitäler in den Provinzen sind die Government Hospitals⁶⁹, welche neben den kleineren Base Hospitals und District Hospitals den grössten Teil des üblichen, staatlich subventionierten Gesundheitssystems ausmachen. Es gibt eine wachsende Anzahl von privaten Spitälern, die aber einer zahlungskräftigen Kundschaft vorbehalten sind. Aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen sind die Privat-spitäler denn auch iberdurchschnittlich ausgerüstet.

Nach den Angaben von Medecins sans Frontières vom Dezember 2004 sind zum ersten Mal seit Jahren viele Spitäler in Sri Lanka ausreichend mit Medikamenten versorgt und verfügen iber eine grundlegende Infrastruktur.⁷⁰ Aber auch die Spitäler kämpfen mit Kürzungen ihrer Budgets, daher ist, trotz einer scheinbaren Besserung, die Lage noch immer prekär mit zu wenig Betten bzw. Personal. Zusätzlich angespannt ist die Situation in den Tsunami-Gebieten. Zahlreiche medizinische Einrichtungen wurden in den betroffenen Küstenregionen teilweise oder ganz beschädigt. Berichte des Gesundheitsministeriums gehen von iber 22 Spitälern und neun administrativen Gebäuden aus, die ganz oder teilweise zerstört wurden. Alleine im Batticaloa District und im Ampara District wurden jeweils acht Spitäler komplett zerstört. Man geht zudem davon aus, dass mindestens 40 ArztInnen und Tausende anderer MitarbeiterInnen im Gesundheitsbereich durch den Tsunami ums Leben gekommen, verletzt oder in irgend einer anderen Form betroffen worden sind. Detaillierte Angaben zu zerstörten medizinischen Einrichtungen lassen sich auf der Tsunami-Seite des Gesundheitsministeriums finden.⁷¹

5.3 Medikamente

Das srilankische Gesundheitssystem sieht vor, dass Medikamente im ganzen Land in den Government Hospitals gratis abgegeben werden.⁷² Welche Medikamente momentan offiziell erhältlich sind, lässt sich bei der State Pharmaceuticals Corporation of Sri Lanka feststellen.⁷³ Zur Hauptsache sind dies Medikamente, die auf der «Essential Drug List» der WHO stehen. Diese Liste ist in Sri Lanka jedoch seit 1988 nicht mehr aktualisiert worden.⁷⁴ Viele Medikamente sind erhältlich und werden ohne

⁶⁸ UK Home Office Country Report on Sri Lanka, Oktober 200/ Vgl. Email von Prof Upali Illangasekera.

⁶⁹ Eine Liste der Government Hospitals in Sri Lanka mit Kontaktinformationen lässt sich auf dem Internet abrufen (www.pooranee.com/health/hospitals.htm).

⁷⁰ Medecins Sans Frontières, Sri Lanka: MSF hands over activities (www.msf.org/countries/page.cfm?articleid=6471173C-F263-4CA7-9C9978A10491BA73).

⁷¹ Gesundheitsministerium von Sri Lanka, Tsunami-Seite: (<http://www.health.gov.lk/tsunami/>).

⁷² Vgl. Email von Dr. Anomani Weeratunga, Senior Medical Officer, National Diabetes Centre, an die SFH (19.04.2005).

⁷³ State Pharmaceuticals Corporation of Sri Lanka: Product catalogue (<http://www.spc.lk>).

⁷⁴ WHO Country Health Profile Sri Lanka: (<http://w3.who.sea.org/cntryhealth/srilanka/srilanka.pdf>).

Restriktionen abgegeben. Andere wiederum wie Antibiotika oder HIV/AIDS-Medikamente sind zwar gratis, unterliegen aber gewissen Abgaberestriktionen. Zahlreiche neuere Präparate sind häufig noch nicht verfügbar und können daher auch nicht abgegeben werden. Einzige Bedingung um von der kostenlosen Gesundheitsversorgung zu profitieren, ist die srilankische Staatsbürgerschaft und der Besitz einer nationalen Identitätskarte.⁷⁵ Berichte zeigen aber auf, dass der Zugang zu Medikamenten in der Praxis oft kompliziert, langwierig oder gar unmöglich ist.

Um die erwähnten Unzulänglichkeiten oder die immer wieder auftretenden Wartezeiten für subventionierte Medikamente zu umgehen, gibt es auch die Möglichkeit, Medikamente auf privater Basis zu besorgen. Neben den staatlichen Spitälern und Apotheken existieren private Apotheken, welche (oft durch unausgebildetes Personal) unkontrolliert importierte, selbst hergestellte oder auch in Sri Lanka nicht zugelassene Medikamente verkaufen.⁷⁶ Schätzungen gehen davon aus, dass sich nur 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung eine private Gesundheitsversorgung leisten können.⁷⁷

5.4 Spezifische Probleme

5.4.1 Malaria und Dengue

Seit 2000 ist Malaria in Sri Lanka rückläufig.⁷⁸ Gründe für die markante Abnahme gibt es verschiedene: Ungünstige klimatische Bedingungen für die Vermehrung von Mücken, effizientere Insektizide und schliesslich erlaubte der freiere Zugang zu früheren Kriegsgebieten eine bessere Bekämpfung.⁷⁹ Bei Dengue bestehen seit 2002 grosse Zuwachsraten an Krankheitsfällen. 2004 forderte eine Dengue-Epidemie bis im Juli bereits 64 Todesopfer. Gleichzeitig wurden über 9000 Krankheitsfälle (hauptsächlich Kinder) gemeldet.⁸⁰ Dabei haben nicht die ruralen Regionen die höchsten Krankheitsraten zu verzeichnen, sondern die Distrikte um Colombo, wo sich auch der Hauptteil der Todesfälle ereignete.⁸¹ Für die Zunahme an Dengue gibt es diverse Gründe: Zunehmende Urbanisierung, ein kaum funktionierendes Kehrichtentsorgungssystem sowie günstige klimatische Bedingungen für die Ausbreitung.⁸²

Medikamente zur Behandlung von Malaria und Dengue sind grundsätzlich vorhanden und können landesweit in den Government Hospitals gratis bezogen werden. Die vor 2002 häufig existierenden Versorgungslücken bestehen seit Beginn des Friedensprozesses kaum mehr. Darauf scheint auch der Tsunami keinen Einfluss zu haben.

⁷⁵ Vgl. Email von Prof. Rezvi Sheriff, Head of Department, Nephrologist, National Hospital of Sri Lanka, an die SFH (22.04.2005).

⁷⁶ 3000 pharmacies functioning illegally - potential death shops, Daily Mirror, 1.3.2005.

⁷⁷ Vgl. Email von Dr. W. S. Santharaj, Vorsitzender der Sri Lanka Heart Association, an die SFH (22.04.2005)/ Vgl. Email von Prof. Upali Illangasekera.

⁷⁸ 3037 Malariafälle im Zeitraum von Jan. bis Okt. 2004, gegenüber 9682 Fällen im selben Zeitraum 2003: Maps of the Sri Lanka malaria situation preceding the tsunami, Malaria Journal Volume 4: (<http://bmc.ub.uni-potsdam.de/1475-2875-4-8>).

⁷⁹ Vgl. Email von Dr. G. Galappaththy, National Malaria Control Programme, an die SFH (27.04.2005).

⁸⁰ Dengue and battle against it rage on, Sunday Times, 25.7.2004.

⁸¹ Sharp rise in dengue, Daily News, 12.7.2004.

⁸² Vgl. Email von Dr. G. Galappaththy.

Zudem haben sich die ursprünglichen Befürchtungen, dass dieser das Vorkommen oder Weiterverbreiten beider Krankheiten begünstigt, bis heute nicht bewahrheitet.⁸³

5.4.2 Herz-/ Kreislaufkrankheiten

Aufgrund der höheren Lebenserwartung haben Herz- und Kreislaufkrankheiten in Sri Lanka in den letzten Jahren stark zugenommen. Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten existieren in diesem spezifischen Sektor aber nur wenige und Medikamente für die Behandlung von kardiovaskulären Krankheiten sind nur beschränkt vorhanden. Government Hospitals würden Medikamente gegen Herz- und Kreislaufkrankheiten theoretisch gratis abgeben, in der Praxis sind aber insbesondere neuere Medikamente vielfach (noch) nicht verfügbar. Patienten besitzen dann oft nur noch die Option, die benötigten Medikamente bei privaten Apotheken zu besorgen.⁸⁴

Chirurgische Eingriffe sowie komplexe Behandlungen von Herzkrankheiten waren 2003 überhaupt nur in drei staatlichen Spitälern möglich,⁸⁵ von denen sich zwei in Colombo (Colombo National Hospital und Teaching Hospital Sri Jayawardhanapura) und eines in Galle befinden. In den letzten zwei Jahren sind zusätzlich zu den drei Government Hospitals noch drei private Spitäler dazugekommen, die chirurgische Eingriffe bei Herzerkrankungen durchführen. Ein chirurgischer Eingriff in einer solchen privaten Klinik kostet jedoch im Durchschnitt 4500 Franken und muss vom Patienten selbst übernommen werden.⁸⁶

Diese für den grössten Teil der Bevölkerung kaum zahlbare private Behandlung, wie auch die für Herzkrankheiten durchschnittliche Wartezeit von drei Jahren in den Government Hospitals⁸⁷ bedeutet, dass die therapeutische Behandlung kardiovaskulärer Krankheiten für die Mehrheit der Bevölkerung unzureichend und unerreichbar ist.

5.4.3 Diabetes

Diabetes mellitus und dabei insbesondere der meist bei älteren Menschen auftretende Typ 2 ist in Sri Lanka weit verbreitet und hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Insulin sollte zwar grundsätzlich im ganzen Land erhältlich sein und in den Government Hospitals gratis abgegeben werden,⁸⁸ tatsächlich existieren aber insbesondere in den ruralen Gebieten grosse Versorgungslücken. Aufgrund der fehlenden finanziellen und personellen Ressourcen und der gleichzeitig zunehmenden Anzahl von Diabetes-PatientInnen hat sich die Situation in den letzten zwei Jahren weiter verschärft.⁸⁹ Im Januar 2005, direkt nach dem Tsunami, gab es auch in den Government Hospitals der betroffenen Küstenregionen grosse Lücken in der Insulinversorgung. Diese konnten in der Zwischenzeit mit Hilfe von einigen Diabetes-Organisationen sowie Spenden zu einem grossen Teil behoben werden.

⁸³ Vgl. Email von Olivier Briet, International Water Management Institute Colombo, an die SFH (25.04.2005)/ Vgl. Email von Dr. G. Galappaththy.

⁸⁴ Vgl. Email von Dr. W. S. Santharaj.

⁸⁵ Bericht zur medizinischen Versorgungslage in Sri Lanka von M. Stürzinger für die SFH, März 2003.

⁸⁶ Vgl. Email von Dr. W. S. Santharaj.

⁸⁷ Vgl. Email von Dr. W. S. Santharaj.

⁸⁸ Vgl. Email von Dr. Anomani Weeratunga, Senior Medical Officer, National Diabetes Centre, an die SFH (19.04.2005).

⁸⁹ Vgl. Email von Prof. Upali Illangasekera.

Auch bei der medizinischen Versorgung von Diabetes-Patienten sind die regionalen Unterschiede gross. Recherchen im März 2005 haben ergeben, dass in den Government Hospitals ausserhalb von Colombo grundsätzlich nur tierisches Insulin gratis abgegeben wird. Das teurere menschliche Insulin hingegen ist nach Angaben des Government Hospitals in Mannar in der ganzen Provinz nicht verfügbar und kann daher auch nicht abgegeben werden. Es muss in Colombo erworben werden.⁹⁰ Menschliches Insulin ist in Sri Lanka nirgends gratis erhältlich, sondern muss überall gekauft werden.⁹¹ Kommt es in der staatlichen Gesundheitsversorgung zu (kurz- oder längerfristigen) Versorgungsproblemen oder wird das Insulin nicht (mehr) kostenlos abgegeben, sind die Patienten gezwungen, auf den privaten Sektor auszuweichen. Dort müssen sie sich das Insulin selber besorgen und bezahlen. Dabei kosten 1000 Einheiten menschliches Insulin rund 18 Franken. Zudem existiert die Möglichkeit, das Insulin bei der Diabetes Association of Sri Lanka in Colombo zu reduzierten Preisen (13 Franken pro 1000 Einheiten) zu beziehen.⁹² Das National Diabetes Centre (ebenfalls in Colombo) gibt das Insulin analog zu den Government Hospitals sogar gratis ab.

5.4.4 HIV/AIDS

HIV- und AIDS-Erkrankungen haben in Sri Lanka in den letzten Jahren zugenommen. Die Zahlen sind aber weit unter denjenigen anderer Entwicklungsländer in der Region. Die WHO und UNAIDS stufen Sri Lanka denn auch als «Low-level Epidemic Country» ein. Es wird davon ausgegangen, dass unter 0.1 Prozent der Bevölkerung HIV-infiziert ist und 2003 wurden 119 AIDS-Tote gezählt.⁹³ Die Dunkelziffer bzw. die tatsächlichen Infektionsraten sind wohl um einiges höher als die präsentierten Zahlen. Trotz oder eben gerade aufgrund der kleinen Zahl an Betroffenen ist die Aufklärungsrate unter der Bevölkerung tief und Präventionsbemühungen ungenügend.

Die neuesten Therapien mit anti-retroviralen Medikamenten, wie sie in den westlichen Ländern derzeit angewendet werden, sind in Sri Lanka im staatlichen Gesundheitssystem nicht erhältlich. Die einzige Ausnahme bildet die kostenlose, zum Schutz vor Übertragung auf das Kind durchgeführte, anti-retrovirale Behandlung von schwangeren Müttern. Medikamente zur Behandlung von Begleiterkrankungen von HIV/AIDS werden hingegen häufig durch das öffentliche Gesundheitssystem gratis übernommen. Alle weiteren Medikamente und Therapien müssen, falls verfügbar, im privaten Sektor organisiert werden und sind in der Regel sehr teuer und von der durchschnittlichen Bevölkerung kaum zu finanzieren. Die srilankische Regierung will in Zukunft billigere Generika aus Indien zulassen, damit die Kosten für eine Behandlung von HIV/AIDS von gegenwärtig 185 Franken pro Patient und Monat auf knapp die Hälfte reduziert werden können. Zudem erklärte sich die Weltbank Ende September 2004 bereit, fünf Jahre lang Gratismedikamente an HIV-infizierte Menschen abzugeben.⁹⁴

⁹⁰ Telefonische Auskunft des Government Hospitals in Mannar vom 7.4.2005.

⁹¹ Vgl. Email von Prof. Rezvi Sheriff Head of Department, Nephrologist.

⁹² Vgl. Email von Dr. Anomani Weeratunga.

⁹³ WHO/ UNAIDS: Epidemiological fact sheets on HIV/AIDS and sexually transmitted infections: Sri Lanka, September 2004.

⁹⁴ UK Home Office Country Report: Sri Lanka, Oktober 2004.

5.4.5 Psychische Erkrankungen

Sri Lanka besitzt seit über zwanzig Jahren eine der höchsten Suizidraten der Welt. Die Zahlen sind insbesondere bei jungen Menschen sehr hoch und lassen sich direkt auf die durch den jahrzehntelangen Bürgerkrieg geprägten Lebensumstände zurückführen. Immer wieder wird auch auf die hohen Raten an Alkoholismus verwiesen.⁹⁵ Traumatische Erlebnisse, Verlust von Angehörigen, Flucht und Vertreibung, Armut sowie fehlende medizinische (psychiatrische) Betreuung können als weitere Gründe für psychische Erkrankungen gesehen werden.⁹⁶

Eine adäquate Behandlung psychischer Erkrankungen ist aufgrund des fehlenden ausgebildeten Personals sowie angesichts der schlechten Infrastruktur nur selten möglich. In einigen Landesteilen ist sie sogar gänzlich unmöglich. In Sri Lanka existieren zwei Kliniken, welche sich ausschliesslich psychischen Erkrankungen widmen (Angoda und Mulleriyawa, beide in der Western Province).⁹⁷ Obwohl eigentlich alle Teaching Hospitals und die meisten zentralen Government Hospitals in den Distrikten psychiatrische Behandlungen anbieten sollten, können Patienten nur in zehn der 25 Distrikte auf ein Mindestmass an therapeutischer Grundversorgung zählen (u.a. Colombo, Kandy, Galle, Kurunegala, Anuradhapura, Batticaloa, Jaffna).⁹⁸ Wie prekär die Situation in der psychiatrischen Versorgung in Sri Lanka wirklich ist, zeigt die Tatsache, dass der knapp zwanzig Millionen Menschen zählenden Bevölkerung nur rund 40 Psychiater zur Verfügung stehen.⁹⁹ Nach Standards der WHO (1 Psychiater pro 10'000 Einwohner) würde der Optimalzustand für eine Bevölkerung dieser Gröszenordnung rund 2000, der Minimalzustand knapp 500 Psychiater umfassen.¹⁰⁰

Die präsentierten Zahlen zeigen auf, dass in Sri Lanka nicht einmal ein Minimum an psychiatrischer Grundversorgung existiert. Weder Personal noch Infrastruktur sind in ausreichendem Masse vorhanden, so dass von einer ungenügenden Situation gesprochen werden muss: AllgemeinpraktikerInnen übernehmen häufig Aufgaben der überlasteten Psychiater, Krankenschwestern kümmern sich bereits nach dreiwöchiger Ausbildung um psychiatrische PatientInnen, und die Ausrüstung der Kliniken oder Abteilungen ist veraltet. Zudem konzentrieren sich fast alle Psychiater in der Region um Colombo und im Süden des Landes.¹⁰¹ Eine flächendeckende Abdeckung des ganzen Landes mit Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten ist nicht gegeben, und häufig sind An- und Abreise zu aufwändig oder nicht bezahlbar. Auch ist die im Westen übliche Kombination von psychosozialer Intervention mit medizinisch-psychiatrischer Behandlung nirgends verfügbar und Langzeitpatienten können in Sri Lanka kaum ausreichend und adäquat behandelt werden.¹⁰²

Aufgrund einer unzeitgemässen Gesetzgebung im Psychiatrie-Bereich, dem Mental Health Act, müssen in Sri Lanka Psychiatrie-PatientInnen in geschlossenen Räumen

⁹⁵ Vgl. Email von Dr. Stephen Cogill, Department of Psychiatry, University of Peradeniya, an die SFH (08.05.2005)/ Email von Dr. Ranil Abeyasinghe, Head Department of Psychiatry, University of Peradeniya, an die SFH (05.05.2005).

⁹⁶ Norwegian Refugee Council; Profile of Internal Displacement: Sri Lanka, März 2005.

⁹⁷ UK Home Office Country Report: Sri Lanka, Oktober 2004.

⁹⁸ Vgl. Email von Dr. Ranil Abeyasinghe.

⁹⁹ Vgl. Email von Dr. Ranil Abeyasinghe.

¹⁰⁰ Daniel Ziffer: Help for Sri Lanka's wave of mental illness; The Age, 10.04.2005.

¹⁰¹ Daniel Ziffer: Help for Sri Lanka's wave of mental illness; The Age, 10.04.2005.

¹⁰² Vgl. Email von Dr. Stephen Cogill.

verwahrt werden. Diese Tatsache unterstützt die in Sri Lanka vorherrschende soziale Stigmatisierung, die gegenüber diesen PatientInnen existiert. Menschen mit psychischen Problemen werden in Sri Lanka oft von den eigenen Angehörigen, den Nachbarn oder im Berufsumfeld sozial ausgeschlossen und diskriminiert. Es existiert zudem ein veraltetes, aber immer noch weit verbreitetes Bild von teuflischen Geistern als Ursache für psychische Erkrankungen. Kranke werden daher häufig von ihren Angehörigen in den Kliniken zurückgelassen, obwohl es in Sri Lanka üblich ist, dass PatientInnen während eines Klinik- oder Spitalaufenthaltes familiäre Unterstützung erhalten.¹⁰³ Bestrebungen, die veraltete Gesetzgebung zu erneuern, sind zwar im Gang, werden aber aufgrund fehlender Ressourcen in nächster Zeit kaum weitergeführt.¹⁰⁴

Welche Auswirkungen der Tsunami in diesem Bereich haben wird, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantworten. Berichte zeigen eine Traumatisierung grosser Bevölkerungsteile auf. Durch die Katastrophe ist mit einer markanten Zunahme von Fällen von «Post-traumatic Stress Disorder» (PTSD) zu rechnen, die einer fachlichen Betreuung bedürfen. Dabei sind Kliniken, ÄrztInnen und Psychiater sowie PsychologInnen bereits heute mit traumatisierten PatientInnen heillos überlastet.

6 Fazit und Ausblick

Sri Lanka befindet sich mitten in einer Übergangsphase, in der nach Angaben von verschiedenen ExpertInnen die nächsten Monate entscheidend sein werden. Noch bedeutet die Absenz von Krieg nicht automatisch das Vorhandensein eines nachhaltigen Friedens. Zwar ist seit dem Abbruch der Friedensverhandlungen im April 2003 der eigentliche Friedensprozess nicht mehr vorangeschritten, eine Rückkehr zum Krieg ist aber aufgrund des Tsunamis zumindest vorübergehend gebannt. Der Konflikt ist aber trotz der Waffenruhe nicht gelöst. Weder die LTTE noch die Regierung zeigen einen klaren Willen zum Abbau der Spannungen. Dies ist für viele IDPs ein Grund, nicht in ihre Heimatgebiete zurückzugehen.

Zentrale Vorkommnisse der letzten zwei Jahre sind die Stagnation der Friedensverhandlungen, die Wahlen vom Frühjahr 2004 und die damit zusammenhängende Verschärfung der Situation, anhaltende Verstösse gegen die Menschenrechte, die Abspaltung der Ostfraktion der LTTE unter Karuna und die damit ausgelöste unsichere Lage, Fortschritte in der Situation der intern Vertriebenen sowie Änderungen in der medizinischen Versorgungslage.

Der Tsunami vom 26. Dezember 2004 hat mit seinen Auswirkungen einen grossen Teil des internationalen Fokus sowie der vorhandenen Ressourcen absorbiert. Dass dabei die bisherige, vom Konflikt geprägte Situation nicht in den Hintergrund gedrängt wird, ist eine der wesentlichen Herausforderungen, denen sich Sri Lanka und die Internationale Gemeinschaft zu stellen haben. Wie sich der Tsunami mittel- bis langfristig auf die Sicherheitslage und damit auch auf die Grundlagen und Voraussetzungen der seit einiger Zeit stagnierenden Friedensgespräche auswirken wird,

¹⁰³ Auskunft der SFH zu psychischen Behandlungsmöglichkeiten in Sri Lanka, Januar 2004.

¹⁰⁴ Vgl. Email von Dr. Stephen Cogill.

bleibt offen. Derweil einige Beobachter von einer Chance sprechen, die verhärteten Fronten aufzuweichen, bleiben andere skeptisch oder verweisen sogar auf mögliche neue Probleme. So führen Diskussionen über die ungerechte Verteilung von Hilfsgütern sowie Berichte über Korruptionfälle in der Verwaltung der Spenden und der finanziellen Beiträge zu neuen Spannungen unter der Bevölkerung. Auch haben sich die LTTE bereits dahingehend geäußert, dass die aktuelle, Tsunami-bedingte Zusammenarbeit mit der Regierung keinen Einfluss auf die wesentlichen Positionen der LTTE in den Friedensgesprächen habe.

Es wird aber auch auf die Chance für einen Neuanfang hingewiesen. Aufgrund der grossen Hilfeleistungen will man in Sri Lanka nicht nur der Status Quo wiederherstellen, sondern die Gelegenheit nutzen, die betroffenen Regionen zu modernisieren und einen nachhaltigen Entwicklungsschub auszulösen. Dabei ist zentral, inwieweit es dem Land gelingt die internationale (finanzielle und materielle) Hilfe im Sinne eines nachhaltigen, gerechten und friedlichen Fortschritts umzusetzen.